

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

252 (4.11.1909) 2. Blatt



„Straßb. Post“ strengt sich vergeblich an, diesen Tatbestand zu verdunkeln. „Charaktervoll“ ist der Vorwurf der „Straßb. Post“, das Zentrum habe die Nationalliberalen nicht gegen die Sozialdemokraten unterstützt trotz Mahnung der „Karlsruh. Zeitung“. So einen Vorwurf mag nicht einmal die „Bad. Abztg.“ dem Zentrum zum Nachsehen. Denn dieser Vorwurf geht angesichts der Lage, daß Liberale und Sozialdemokraten darauf ausgingen das Zentrum zu demütigen so über alles Maß, daß ein nationalliberales Blatt sich schämen sollte, ihn zu erheben. Hat doch selbst die „Badische Landeszeitung“ es vor einiger Zeit als traurig erklärt, daß nationalliberale Blätter in der Pfalz das Zentrum um Hilfe anbettelten, wo es doch die nationalliberale Ehre verlange, keine Stimmen vom Zentrum anzunehmen. Natürlich geht es auch nicht ohne Unwahrheit ab. Es ist selbstverständlich unwar, daß das Zentrum für die Sozialdemokraten gestimmt hat. Das Zentrum hat die strikte Parole „Wahlenthaltung“ ausgegeben. Das muß die „Straßb. Post“ wissen! Ob und inwiefern einzelne Zentrumswähler der Parole entgegengehandelt haben, wäre erst noch zu untersuchen. Ebenfalls ist die obige Behauptung der „Straßb. Post“ eine leichtfertige Verdächtigung des Zentrums, um das Großpublikum der Nationalliberalen in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Ein Blatt wie die „Straßb. Post“ sollte so leichtfertige oberflächliche politische Dilettantenarbeit, wie den hier gekennzeichneten Artikel im Interesse ihres guten Rufes vermeiden.

#### a. Das Stichwahlresultat im 53. Landtagswahlbezirk Bretten-Bruchsal.

Mit einer Mehrheit von 15, nach anderen Mitteilungen von 17 Stimmen liegt in der Stichwahl der bisherige Abgeordnete Rechtsanwalt Schmidt (Bund der Landwirte) über den liberalen Gegenkandidaten. Die Wahlberechtigung war eine bedeutend härtere wie bei der Hauptwahl; während bei letzterer zusammen 5123 Stimmabgaben wurden, erreichte die Zahl derjenigen, die bei der Stichwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, 5994, das also um fast 20 Prozent gegen die Hauptwahl zugenommen. In sämtlichen Orten des Bezirks stimmten über 80 Prozent der Wahlberechtigten ab, in Bretten und Bruchsal sogar 96 Prozent, in Wauerbach 92, auch in der großen Gemeinde Gochsheim, wo die Wahlberechtigung bei der Hauptwahl eine schwere war, stimmten diesmal 98 Prozent ab. Das noch nicht definitiv ermittelte Verhältnis der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten ergibt nach einer vorläufigen Zusammenstellung eine Beteiligungsziffer von über 85 Prozent, ein Resultat, welches bisher noch nicht erreicht wurde. Das Ergebnis in den einzelnen Wahlbezirken ist folgendes:

Wahlbezirk	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen	Stimmen
Bretten	10	87	1	11	98
Wauerbach	24	95	17	54	120
Bretten	415	324	136	107	346
Büding	—	98	13	—	103
Dieselsheim	75	66	51	—	135
Dürrenbüding	4	37	5	—	32
Flelingen	68	140	1	74	174
Gochsheim	94	126	19	—	106
Gölsbühl	20	90	24	3	94
Gönselshausen	72	79	88	1	175
Hörnbach	46	75	106	—	162
Wenzingen	54	65	174	1	218
Mingsheim	78	77	27	—	139
Rebshausen	6	165	13	—	205
Rufsbach	21	74	13	—	82
Oberacker	8	106	1	9	114
Rinklingen	58	28	31	—	68
Reit	62	51	7	—	75
Erdingen	4	73	2	—	79
Sprantal	3	55	1	3	64
Stein	55	98	127	—	192
Wöflingen	203	59	128	2	239
Wiesental	87	103	23	3	124
Neuenbürg	6	54	2	—	77
Oberwiesheim	91	86	27	—	144
Unterwiesheim	118	85	61	—	297
Zusammen	1582	2420	1098	23	2974

### Parteifreunde!

Gründet allerorts im Lande Ablagen des „Badischen Beobachters“!

Das nötige Material wie: Ablagen-Tafeln, Zeichner-Listen, Bestellzettel und Bezugs-Laufkarten stellen wir, wie auch jede gewünschte Anzahl Probenummern, kostenfrei zur Verfügung. Man verlange folche!

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters“.

### Badische Landwirtschaftskammer.

Karlsruhe, 8. November 1909.

Die badische Landwirtschaftskammer trat heute nachmittag 4 Uhr im großen Mathausaal zur 4. ordentlichen Versammlung zusammen. Der Vorsitzende Prinz Ludwig von Baden eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßung der Anwesenden, insbesondere den Ministern v. Bodo und den neu zugewählten Mitgliedern. Der Vorsitzende beauftragte den Ausschuss des Ges. Finanzrats Ebs. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und der Antrag des Vorstandes, wonach den Beamten der Landwirtschaftskammer das Recht erteilt werden kann, in den Verhandlungen das Wort zu ergreifen, zunächst zur Debatte gestellt. Er ward nach einer Zustimmungserklärung des Reichsrats v. Stöckingen in dem Sinne, daß die Beamten Auskunft erteilen, aber nicht als Dispositionsbefugte auftreten sollen, einstimmig angenommen. Punkt 5 der Tagesordnung, wonach Anträge zu der jeweiligen im November stattfindenden Versammlung der Landwirtschaftskammer bis 1. Oktober eingereicht sein sollen. Der Vorsitzende ist für Früherlegung des Termins auf 1. Juli oder 1. August; letzterer Termin findet Unterbrechung.

Der Antrag, wonach Anträge auf 1. August einzureichen sind, wird einstimmig angenommen. Es liegt ein dringlicher Antrag vor, wonach die Landwirtschaftskammer ersucht wird, dafür bei der Militärverwaltung dahin vorzulegen zu werden, mit Rücksicht auf die Ernteverhältnisse keine Beanstandungen zu machen wegen des Strohgeruchs des Hofers. Der Antrag soll dem preuß. Kriegsministerium sowie den Korpsintendanturen des 14., 16., 17. und 18. Armee-Korps unterbreitet werden. Direktor Niehm: Dieser Strohgeruch hängt mit der schlechten Witterung zusammen, der Hofers sei ungenügend. Die Probenantworte könnten deshalb schon Rücksicht haben. Sie könnten ja den Hofers früher verordnen und ihren bisherigen Kriegsbesand länger liegen lassen. Sie könnten deshalb bei gutem Willen schon entgegenkommen.

Graf Bismarck macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam und bittet, nicht zu schroff vorzugehen, weil die Landwirtschaft davon auch Schaden haben könnte. Vorst. Mitglied Grimm tritt dem Vorredner entgegen und empfiehlt den Antrag; ebenso Seib-Waldahl.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen. Der Vorsitzende erläßt Johann Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im laufenden Jahr unter Hinweis auf den veröffentlichten Bericht. Es folgt die Abnahme der Jahresrechnung 1907/08.

Ges. Oberregierungsrat Seliger-Karlsruhe berichtet über die Stoffprüfung. Die Stoffe schließt ab mit 34 901 M. 90 Pfg. Einnahmen und 34 864 M. 46 Pfg. Ausgaben ab; es ergibt sich somit ein Restbetrag von 37 M. 44 Pfg. Die Rechnung wird für unbeanstandet erklärt und dem Redner einstimmig Entlastung erteilt, nachdem Direktor Niehm den Wunsch Ausdruck gegeben, daß künftig der Rechnungsablauf gedrückt vorgelegt werden möge, und Freih. v. Wenzingen sich dem angeschlossen hat. Freih. v. Wenzingen fragt an über die Verwendung von Restbeträgen. Der Vorsitzende verspricht, daß den Wünschen betr. der Rechnungsabklärung entgegengekommen werden wird, daß dieses Jahr Restbeträge vorhanden sein werden. Der in Zukunft das nicht bestimmt eintreten werde, sollte man sich nicht festlegen über die Verwendung oder deren Anweisung in Restbeträgen. Ein Antrag hierzu ist nicht gestellt.

Es folgt nun die Aufstellung des Voranschlags für 1910. Der Vorsitzende: Der Voranschlag betrug bisher 29 000 M., im Voranschlag sind 45 000 M. vorgesehen. Die Kammer glaubte sich dazu berechtigt, weil der bisherige Staatszuschuß nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Regierung wolle allerdings nur mehr 27 500 M. gewähren mit Rücksicht auf die Finanzlemme. Die Landwirtschaftskammer sei durch Gesetz verpflichtet, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Wenn sie ein Voranschlagsdasein führen wollte, hätte sie keine Ausgaben beantragt. Die Umlageerhebung habe nicht den erhofften Erfolg ergeben, da die nichtklassifizierten Grundstücke ausgenommen seien, wodurch ein Anschlag von 18 000 M. entfiel. Er sehe darin eine Unbilligkeit, weil die nichtklassifizierten Grundstücke die wertvollsten seien und sich in den Händen von Reichen befinden. Kämen der Kammer diese 16 000 M. zu Gute, so könnte sie auf einen Staatszuschuß in dieser Höhe verzichten. Die Erhebungskosten für die Umlagen belaufen sich auf 17 bis 19 000 M., wovon noch 3 Proz. für die Erhebung durch die Steuerämter zu zahlen seien, jedoch etwa 20 000 M. entfallen. Das bedeute zusammen einen Verlust für die Kammer von 36 000 M., die verringert werden sollten. An Umlagen sind 90 000 M. im Voranschlag für 1910 vorgesehen.

A.-M. Steingötter: Wenn uns heute der Rechnungsablauf vorliegen würde für 1909, könnten wir die Sache übersehen, ob Mehrbeträge vorhanden sind, die eventuell für den Restbetrag von 36 000 M. auf Rechnung der Umlage kommen. Er bitte deshalb bei den einzelnen Positionen sehr vorsichtig zu sein.

A.-M. Graf Bismarck: Er habe sich ausgerechnet, daß die Erhebungskosten und Verwaltungskosten annähernd 60 Prozent der Umlage betragen. Auf Anfrage des A.-M. Freih. v. Wenzingen erklärt Direktor Müller, daß die 1000 M. Zinsen aus den nicht verbrauchten Mitteln herkömten.

Unter den Ausgaben ist vorgesehen ein unbestimmter Betrag für Herausgabe einer Zeitungskorrespondenz. Die Mittel sollen aus dem Restbeträgen bestritten werden.

Direktor Niehm glaubt auch, daß die Kammer die Dauer nicht ohne Substitutionsorgan aushalten. Er mache aber darauf aufmerksam, daß die Belegkosten sehr hohe seien, 1 M. pro 1000 Stüd. Er glaube, die Kosten könnten die Kammer, der Bauernverein und der Genossenschaftsverband übernehmen.

A.-M. Schüller: Herr Niehm hat eine Frage angestellt, die eigentlich noch nicht zur Debatte steht. Bisher war als vorläufiger Zustand festgehalten, daß die drei vorhandenen Fachblätter die Artikel veröffentlichten, daß diese Artikel sich aber zu sehr häuften, jedoch oft die Bedenkenstellungen gemindert waren, eigene Sachen zurückzustellen. Das sollte nicht der Fall sein, die Sachen 4000 M. für Vertretung bei anderen Körperchaften wurden debattellos genehmigt.

Unter den Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke sind 2800 M. (gegen 2100 M. im Vorjahr) für Preisnotierungen vorgegeben. Die Erhöhung ergibt sich aus der doppelten Ausgabe für Ober- und Unterland.

Vorst. Mitglied Grimm beauftragt, daß die Preisnotierungsberichte keinen Einfluß auf die Preisbildung im Hinterland hatten. Entweder seien die Preisnotierungen zu hoch, oder bleibt zu viel am Zwischenhandel. Er empfiehlt dagegen ein Lagerhaus; aber dazu fehle die Eisenbahn.

A.-M. Dr. Hengenheiter: Die Preisnotierungen haben sich gut eingestellt. Nach dem Druck könnten die Notierungen wöchentlich zweimal erfolgen. Die Notierungen seien teilweise zu hoch; immerhin sei es besser, zu hohen als zu niedrigen Preisen zu stehen. Die Grenzenteile in Freiburg erlöse mehr als in den Notierungen der Landwirtschaftskammer fehle, dadurch empfinden der zentrale Schwierigkeiten. Er bitte diese Notierung nicht mehr aufzunehmen oder die Ware zu klassifizieren, ebenso auch bei der Brauerste.

A.-M. Weichhaupt untersucht die Anregung des Vorredners. Die Zeitung der Preisnotierung für Unter- und Oberland empfiehlt sich nicht, weil die Montagsnotierungen von Mannheim zu spät eintreffen.

A.-M. Direktor Niehm: Er nehme an den Preisnotierungen in Mannheim teil. Es koste immer eine gewisse Mühe, die Preise durchzubringen. Er strebe darnach, einen normalen richtigen Preis zu erhalten, aber immer lasse sich das nicht erreichen. Ein zu niedriger Preis würde aber in Mannheim auch ganze Land bedeuten. Bei den Eiern könnte man schon den Unterschied machen zwischen Stempeln und Kochetern.

Direktor Müller: Maßgebend für den Getreidepreis seien die Notierungen in Mannheim. Er glaube, daß der Zweck, die Landwirte und Gemeinden über die Schwankungen an der Weize freizustellen bekannt zu machen, erreicht werde durch die Preisnotierungen der Kammer. Wir sind sehr dankbar für Anregungen, wenn die Notierungen nicht den Wünschen im Lande entsprechen. Die Oberlands- und Unterlandsnotierungen lassen sich nicht vereinigen; sie müßten eben nebeneinander bezogen werden.

A.-M. Stoll berührt reichlichere Berichte über die Ertragspreise.

A.-M. Frank bringt Wünsche bezüglich der Viehpreisnotierungen ein.

A.-M. Seib-Waldahl befragt ebenfalls ausführlichere Strohberichte.

Direktor Müller weist auf die großen Schwierigkeiten hin, einwandfreie Berichte zu erhalten.

A.-M. Steingötter bittet über die Ausgaben einzeln abzufragen. Hierauf werden 500 M. für Zeitungskorrespondenz bewilligt und der Antrag für Zeitungskorrespondenz bewilligt und der Antrag für Zeitungskorrespondenz bewilligt und der Antrag für Zeitungskorrespondenz bewilligt.

A.-M. Graf Bismarck: Die Deckungsfrage müsse vorausgehen, sonst bewilligen wir Ausgaben, ohne zu wissen, woher das Geld kommt. An eine Umlageerhebung wird niemand denken wollen.

A.-M. Stoll untersucht diese Anregung. Der Vorsitzende schlägt vor, daß der Vorstand ermächtigt sein soll, die vorhandenen Positionen bis auf die verfügbaren Mittel zu streichen.

Vorst. Mitglied Grimm wäre dafür, an einzelnen Positionen sofort zu streichen, damit man am Ende schon die Deckung hat. Weitere Redner unterstützen diesen Vorschlag, wobei Streichung oder Kürzung der 4000 M. angefragt werden.

A.-M. Freih. v. Stöckingen regt hier nochmals die Frage der Verwendung der Kreditrechte an. Im übrigen wäre er mit Abstreichungen durch den Vorstand einverstanden.

Der Vorsitzende: Vonseiten der Regierung dürfte der Anschlag sich auf 17 500 M. belaufen. Es könnte schon da und dort gespart werden. Für fünftägige Ausstellungen seien Mittel vorgesehen und ebenso 10 000 M. als Rücklagen. Daraus könnte der Restbetrag gedeckt werden.

Direktor Müller: Der Restbetrags von 8057 M. müßte erst gebildet werden zur Verfügung des Reichsbankens. Er liege in dem Voranschlag als Rücklage.

Es entspann sich eine längere Auseinandersetzung über den Restbetrags und die Kreditrechte.

A.-M. Zimmermann: Wir müssen, um eine Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, die einzelnen Positionen vergleichen. Die Kreditrechte sollen als ganze Summe, als Kassenvortrag in Einnahme gestellt werden.

Direktor Müller: Die Kreditrechte werden also in den Voranschlag einzustellen sein. Das, was neu zu bewilligen ist, betrifft nur das, was für neue Mittel zu beschaffen sind.

Zu dem Vorschlag des Oberinspektors Frank bei der Position Arbeitsnachweise bemerkt der Vorsitzende, daß bei geringen Mitteln nichts herauskomme, es empfehle sich, die Position ganz anzunehmen oder ganz zu streichen.

Freih. v. Wenzingen: Die Arbeitsnachweise haben uns noch nicht viel genutzt. Er sei für vollständige Streichung. Vorst. Mitglied Seliger beantragt, 3000 M. zu streichen und nur 1000 M. zu genehmigen.

Der letztere Antrag wird einstimmig angenommen. Zur Errichtung einer Haftpflichtversicherungsanstalt sind 3000 M. vorgesehen als Voranschlag. Die Position wird genehmigt.

Es ist ein Antrag eingegangen: Die Landwirtschaftskammer wolle beschließen, daß die genehmigten, aber nicht verausgabten Gelder als Einnahmen in den Voranschlag eingestellt werden.

A.-M. Schüller: Wir wünschen, daß die Gelder, die nicht verausgabt sind, im nächsten Jahre im Voranschlag berücksichtigt werden. Sollte darüber keine Einigkeit bestehen, so könnte eine Kommission die Sache beraten.

A.-M. Freih. v. Stöckingen: Da wir hierzu keine Kommission haben, so könnte der Vorstand die Frage bis morgen präzisieren.

Die Beschlußfassung wird daher bis morgen ausgesetzt. Für die Aussetzung sind 4000 M. Landwirtschaftsminister Dietrich hat Punkt 12 der Tagesordnung vorzubringen, der sich mit einem Antrag Weichhaupt befaßt. Weichhaupt berichtet darüber und weist auf die im Druck vorliegenden Bestimmungen über die Erzeugung und Verwertung landwirtschaftlicher Dienstleistungen. Der Vorstand beantragt, die Bestimmungen anzunehmen und die Erzeugung probeweise im Kreis Konstanz einzuführen.

Vorst. Mitglied Seliger bittet, wenn für 1909 im Kreis Konstanz schon solche Erzeugnisse stattfanden, ein anderer Kreis ebenfalls berücksichtigt werden.

Direktor Müller: Diese Erzeugnisse sollen in allen Kreisen abwechselungsweise stattfinden, unabhängig von den Gauen.

Freih. v. Wenzingen befragt die Summe von 4000 M. Die Position wird genehmigt.

Zur Förderung der Viehverwertung sind 3000 M. vorgesehen.

Zustimmiger Müller berichtet, daß bisher nur insonderliche Anfragen getroffen wurden. Eine Kommission habe sich nach Frankfurt, Würzburg und München gegeben. Sie kann aber nicht zu der Überzeugung kommen, daß eine Viehverwertungsanstalt dem badischen Landwirt erheblichen Vorteil bringen werde. Die Kommission will daher noch weitere Erhebungen machen, wie sich die Preise für Schlachttiere und -Schweine an den einzelnen Orten stellen zu den bei uns erzielten Preisen. Darnach werden vom Ausschuss für Tierzucht Anträge an die Landwirtschaftskammer gemacht werden bezüglich der Errichtung einer Viehverwertungsanstalt.

A.-M. Wierneisel: Der hauptsächlichste Wert der Einrichtung sei die Versicherung gegen Gewährleistungsmängel und daß der einzelne sein Geld bekommt; außerdem sei bessere Abgabemöglichkeit für abgelegene Gegenden gegeben, er bitte aber um Vorzicht.

A.-M. Weichhaupt: Diese Einrichtung würde gut für abgelegene Gegenden. Für verkehrsreiche Gegenden sei es aber besser, wenn man die Märkte besuchen läßt. Darum Vorschlag: Man soll auch Fühlung nehmen mit den Schlachthöfen.

Zur Errichtung der Puffgeflügelzucht sind 1000 M. vorgesehen, für Bienenzucht 1000 M.

Der Berichterstatter Wierneisel befragt die beiden Positionen und beantragt, für Puffgeflügel noch 500 M. einzustellen. Die beiden Positionen werden einstimmig angenommen.

A.-M. Freih. v. Wenzingen begrüßt die Unterbrechung der Puffgeflügelzucht. Die Sache sei aber jetzt noch nicht sprechreif. Die Landwirtschaftskammer möge sich zunächst mit der Regierung und den Fischzuchtorganisationen im Lande verständigen, was geschehen kann.

Der Antrag auf Einstellung von 500 M. für die Förderung der Fischzucht wird darauf zurückgezogen.

Zu Position 10, sonstige Förderung der Tierzucht 10 000 M., berichtet Justizminister Müller. Die Position dient hauptsächlich zur Unterbrechung des Weidewerks der jungen Tiere (Pferde, Rindvieh) und der Herstellung von mustergültigen Schweinefällungen. Die Genehmigung der Position wird beantragt. Die Bestellung der Summe soll dem Vorstand überlassen werden.

Direktor Niehm regt an, da Ersparungen gemacht werden müssen, hier 2000 M. zu streichen.

Bürgermeister Wierneisel befragt die Errichtung von Kammern für Fohlen. Die schlechte Vorbereitung der Fohlen habe zur Folge, daß die Fohlen beim Weidewerk nicht den gewünschten Nutzen haben, weil sie auch nicht an die Witterung gewöhnt seien.

A.-M. Weichhaupt: In meinem Heimatbezirk ist wohl die erste Rindviehweide eingerichtet worden. Das Verständnis hierfür wächst. Es wäre nicht angebracht, an dieser Position auch nur einen Pfennig zu streichen. Die Weide soll nur auf geeignetem Boden angelegt werden. Die Weide Lichtenege entpriehe in dieser Hinsicht nicht. Man soll deshalb beim Zuschuß darauf Rücksicht nehmen, ob der Boden zur Weide geeignet ist. Es wäre wünschenswert, wenn die Landwirtschaftskammer etwas für die Schweinezucht tun könnte.

Dr. Hengenheiter: Die Saatgutstellen würden noch mehr in Anspruch genommen, wenn die Weide noch herabgesetzt werden könnten und soweit das nicht möglich ist, die Landwirtschaftskammer einen Zuschuß leisten würde.

Die Position wird einstimmig angenommen. Weidewerk 12, Förderung des Weidewerks und Hoppensbau 700 M., berichtet Weichhaupt.

Vorst. Mitglied Seliger: In Angulenberg werden regelmäßig Weidewerksausstellungen abgehalten seitens des Ministeriums. Redner regt an, daß die von der Landwirtschaftskammer veranstaltete Ausstellung mit der Regierung zusammengelegt werde als Voranschlag für die Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Die Position wird genehmigt.

Unter Position 13, Förderung der Anlage von Bienen und dauernden Futterweiden 2500 M., regt Berichterstatter Seliger Erhöhung der Summe an.

A.-M. Stoll wünscht Auskunft, inwiefern die Landwirte bei Anlage von Bienen gebört worden sind. Mit sachverständigen Gutachten aus der Ferne habe er schlechte Erfahrungen gemacht. Brauchbare Ratschläge können nur an Ort und Stelle gegeben werden. Aus diesem Grund müßte sich der Regierung bestimmen, die Position zu erhöhen.

Die Position wird genehmigt.

Unter Position 14 sind zur Anfertigung von Düngungsbezugskarten 1200 M. und für Förderung des Tabakfabrikanten 800 M. vorgesehen. Auf Anfrage Dr. Hengenheiter erklärt Direktor Müller, daß die Düngermittel zu Versuchszwecken von den Parteien der Landwirtschaftskammer unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

A.-M. Wierneisel begrüßt die Förderung des Tabakfabrikanten und empfiehlt die Position. Beide Positionen werden einstimmig angenommen.

Sie werden abgebrochen. Morgen halb 10 Uhr Fortsetzung. Schluß 8 Uhr abends.

### Arbeiterzeitung.

Sozialdemokratische Verbreitungskunst. Durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressung ging kürzlich ein Bericht des sozialdemokratischen Bezirksleiters Vorländer, der behauptete, der Bezirksleiter Thelen aus Mannheim vom christlichen Metallarbeiterverband habe in Trüben in einer Versammlung in Bezug auf die Vermittlungstätigkeit des Herrn Landeskommisars Straub in Konstanz bei dem Rheinländer Streif gelangt, die sozialdemokratischen Führer hätten nicht beachtet, daß auch ein Landeskommissar möglich wäre.

Trotzdem liegen in der Nr. 44 der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ dieses Berichtes, sucht jetzt Vorländer neuerdings in derselben Nummer der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ diese Behauptung demnach anrecht zu erhalten.

Dem gegenüber veröffentlicht die unterzeichneten Versammlungsteilnehmer folgende Erklärung:

Erklärung. In der Nr. 44 der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ knüpft Herr Vorländer an die Berichtigung des Herrn Thelen, Bezirksleiter aus Mannheim, einen Artikel, der die Berichtigung entkräften soll.

Vorländer vertritt auf neue der Wahrheit zuwider die Behauptung anrecht zu erhalten, als habe Herr Thelen am 25. September hier in der Versammlung im „Engel“ gesagt: „Die sozialdemokratischen Führer hätten nicht beachtet, daß auch ein Landeskommissar möglich wäre.“

Wir erklären hierzu folgendes: Die Berichtigung des Herrn Thelen enthält wortwörtlich das, was er am 25. September in unserer Versammlung sagte. Einziges was er forderte, gut aufzunehmen, was er sagte, damit nicht nachher das Gegenteil daraus gemacht werden könne.

Wir haben in unmittelbarer Nähe des Herrn Thelen, hätten unbedingt den ihm in den Mund gelegten Ausdruck hören müssen. Wir erklären aber ausdrücklich, daß Herr Thelen in seinen genannten Ausführungen in Bezug auf einen Landeskommissar keinen Ausdruck nicht gebraucht.

Wir sind im gegebenen Falle bereit, dieses der Wahrheit gemäß vor Gericht durch Eid zu bekräftigen.

Trüben, den 28. Oktober 1909. Josef Maier, Johann Jung, Ernst Böhler, Johann Kienzler, Karl Dold.

### Großh. Hoftheater.

Donnerstag, 4. Nov. Abt. A. 14. Abt. B. Vorstellung: Hohes Spiel, Schandpiel in 3 Akten von Ernst Tübingen, verdeutschelt von Emil Saering. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

### Marianische Männerfodolität

St. Stefan. Freitag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der St. Augustuskapelle.

Im Verlag der Unterzeichneten ist erschienen:

### Gedenkblatt zum 150. Geburtstag

Friedrich von Schillers (10. November 1909.)

Bei Bestellung von mindestens 10 Exemplaren ist der Preis dieses achtseitigen, reich illustrierten Gedenkblattes bei portofreier Zuführung nur 5 Pf. pro Stück; auf je 10 Stück ein Freieremplar. Das einzelne Exemplar kostet 10 Pf., franco zugeandt.

Die Vorbereitungen zur Schillerfeier sind bereits im besten Gange; da und dort haben sich Ausschüsse für die zu veranstaltenden Festlichkeiten gebildet. Vor allem sind auch die Schulverwaltungen nicht müßig um den Schillern ein dauerndes Andenken an die Schillerfeier an die Hand zu geben.

Zur Verbreitung unter der Schuljugend ist auch unser Schiller-Gedenkblatt sehr geeignet.

Wir bitten um Massenerbreitung. Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42.

### Das Bankhaus

Veit L. Homburger, Karlsruhe. Karlsruherstr. 11. Telefon 36 u. 208.

besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.